



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

127. Sitzung (öffentlich)

10. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den in der verteilten Tagesordnung unter Punkt 1 vorgesehenen Beratungsgegenstand – Entwurf eines Teilhabe- und Integrationsgesetzes – mit Rücksicht auf die am heutigen Nachmittag beginnende Beratung des federführenden Ausschusses zu Beginn der heutigen Sitzung und die Aktuelle Viertelstunde im Anschluss daran zu behandeln.

In der Niederschrift wird aus Vereinfachungsgründen dennoch die geschäftsordnungsmäßig vorgesehene Reihenfolge der Tagesordnung beibehalten.

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage])**

8

2 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243

Vorlage 17/5787

Ausschussprotokoll 17/1584

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Votum an den federführenden Ausschuss

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Einzelplan 11

Vorlage 17/5519 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/5811

Vorlage 17/5858

Vorlage 17/5919

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der AfD Fraktion stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 11 im Haushaltsplanentwurf 2022 zu.

- 4 Drittes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen 31**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14909
- Stellungnahme 17/4422
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Plenum des Landtags, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 5 Trauma „Verschickungskind“. Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten 32**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11175
- Ausschussprotokoll 17/1441
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beendet die Mitberatung und sieht von der Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend ab.
- 6 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch 33**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15188 – Neudruck
- Vorlage 17/5904
- Verfahrensabsprache
- Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Die Modalitäten der Anhörung sollen in der Obleuterunde festgelegt werden.

7 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes **34**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15289

– Verfahrensabsprache

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Modellstudiengangsverordnung auf Grundlage des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/15493

Vorlage 17/5931

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs bis zur nächsten ordentlichen Sitzung zurück.

8 Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag – eGBRStVtr) **35**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 17/15288

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dem federführenden Hauptausschuss mitzuteilen, dass aus der Sicht des mitberatenden Ausschusses eine Anhörung nicht erforderlich ist.

9 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/-programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich 36

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579

Stellungnahme 17/4328
Stellungnahme 17/4348
Stellungnahme 17/4390
Stellungnahme 17/4395

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Votum an den federführenden Ausschuss

– keine Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Europa und Integration, den Antrag anzunehmen.

* * *

4 Drittes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14909

Stellungnahme 17/4422

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Die vom Ausschuss in der Sitzung am 29. September 2021 angeforderte Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände ist in der Vorlage 17/4422 verteilt worden. In der heutigen Sitzung soll über den Gesetzentwurf abschließend beraten werden.)

Serdar Yüksel (SPD) ruft in Erinnerung, die Gesetzesänderung sei aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 07.07.2020 erforderlich geworden. Die SPD-Fraktion begrüße insbesondere die Regelung in § 116 SGB XII, nach der die Träger der Sozialhilfe im Widerspruchsverfahren nunmehr auch die sozial erfahrenen Dritten, also die freie Wohlfahrtspflege, beteiligen müssten. Die SPD-Fraktion stimme dem Gesetzentwurf zu.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Plenum des Landtags, den Gesetzentwurf anzunehmen.

